



2018 ist Wahljahr

Mit dieser Überschrift habe ich am 20. Januar dieses Jahres alle Fraktionen des Hessischen Landtages angeschrieben. Den Brief im Originalwortlaut findet ihr im Anschluss.

Die Gewerkschaft der Polizei will schon im frühen Vorfeld der Landtagswahl (28. 10. 2018) mit den Parteien in eine Diskussion treten. Wir wollen wissen, wie die fünf Landtagsfraktionen den Ist-Zustand der hessischen Polizei bewerten. Alle Parteien haben in den vergangenen Monaten immer wieder von einer nötigen Stärkung und besseren Unterstützung der hessischen Polizei gesprochen. Einige haben sich für bessere Beförderungsmöglichkeiten und eine weitere Anhebung der Bezüge stark gemacht.

Wir fragen nun nach und bitten um Konkretisierung von Lösungsansätzen bei der Behebung von Problemfeldern. Dies ist ein erster Schritt im Wahljahr 2018, um Einsichten in die Parteiprogramme zur inneren Sicherheit, insbesondere den Bereich der Polizei, zu erhalten.

Schon auf unserem Landesdelegiertentag im April werden wir im öffentlichen Teil eine vom Hessischen Rundfunk moderierte Podiumsdiskussion mit allen Fraktionen veranstalten. Dabei werden sich erste Erkenntnisse für die Polizistinnen und Polizisten in Hessen ergeben, welche Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung was für die Polizei tun will.

Danach werden wir bei dezentralen Veranstaltungen in den Bezirken auch die örtlichen Landtagsabgeordneten einbeziehen und grundsätzliche Fragen rund um die Polizei in Hessen mit unseren Mitgliedern diskutieren.

Den Abschluss bildet dann, wie vor jeder Landtagswahl, unsere schon traditionelle Veranstaltung „Wahlprüfsteine“. Dabei erwarten wir dann Klartext. Welche Partei für was steht. Insbesondere die Bereiche Verbesserung der Aufstiegs- und Beförderungschancen im Beamten- und Tarifbereich, Planbarkeit von Dienst und Freizeit, Besoldung, Versorgung, Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage,



Andreas Grün, Landesvorsitzender

Wochenarbeitszeit und die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

Über die weitere Entwicklung berichten wir in dieser Zeitschrift.

Andreas Grün, Landesvorsitzender

An die Fraktionen des Hessischen Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren, die aktuellen Belastungen im Polizeidienst sowie die Herausforderungen durch immer neue Kriminalitätsfelder haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen und werden weiterhin steigen. Vor diesem Hintergrund tritt die Gewerkschaft der Polizei für eine professionelle und gut aufgestellte Polizei in Hessen ein.

Auch sie setzen sich dafür ein, dass der Polizeiberuf attraktiver gestaltet werden soll und damit ein Beitrag für die innere Sicherheit geleistet wird.

Die Gewerkschaft der Polizei beschäftigt sich mit dem Thema „Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs“. Dabei wird neben den finanziellen Aspekten eine ganzheitliche Betrachtung hinsichtlich

der Zukunftsfähigkeit der hessischen Polizei vorgenommen.

Hierüber würden wir gern mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Zu Beginn wäre es für uns sehr hilfreich, wenn Sie zu folgenden Fragen kurz Stellung beziehen:

- Gibt es aus Ihrer Sicht Überlegungen zur Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes?
- Ist Ihnen bekannt, dass eine große Anzahl von Polizeivollzugsbeamten – aufgrund der mangelnden Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen – über einen längeren Zeitraum eine höherwertige Tätigkeit ausüben, ohne Aussicht auf Beförderung bzw. einen finanziellen Ausgleich?
- Wie gedenken Sie, diese Problemstellung zu lösen?

- Haben Sie Vorschläge wie die finanziellen Unterschiede bei der Beamtenbesoldung, die infolge der Föderalismusreform 2006 entstanden sind, ausgeglichen werden können?
- Gerade die belastenden Nachtdienste stellen eine erhebliche gesundheitliche Problemstellung innerhalb der Polizei dar. Wie gedenken Sie dies auszugleichen (Arbeitszeitverkürzung/Erbschwerniszulagenverordnung/Freizeitausgleich)?

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und auf eine angeregte Diskussion mit Ihnen zu diesem Thema!

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Grün, Landesvorsitzender



Polizei Hessen – gut aufgestellt für die Zukunft?

Gerade in einem Wahljahr bedürfen die getroffenen politischen Entscheidungen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die innere Sicherheit einer eingehenden Betrachtung und einer konstruktiven Auseinandersetzung. Mit Blick auf die nun im Oktober 2018 terminierten Landtagswahlen in Hessen und dem damit verbundenen Ablauf der Regierungszeit der verantwortlichen Koalition aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen, die hessische Koalition soll übrigens als Blaupause für mögliche Koalitionen dieser Couleur auch in anderen Ländern und dem Bund taugen, ist ein Blick auf das Regierungshandeln durchaus erlaubt.

Ohne auf die erreichten Erfolge mit der deutlichen GdP-Handschrift bei Besoldungs- und Personalmehrungen in den letzten beiden Jahren weiter einzugehen, darf an dieser Stelle festgestellt werden, dass auch die Verantwortlichen in den Personalräten ihren Anteil an den Erfolgen für sich verbuchen können. Das konstruktive „Bohren der dicken Bretter“ in vielen Monatsgesprächen mit Behördenleitungen hat manche Forderung nach Personal so unterlegt, dass die Verantwortlichen im Innenministerium und im Landespolizeipräsidium zu gleich gelagerten Entscheidungen gelangten. Es gilt also auch in den kommenden Jahren, die personalrätliche mit der gewerkschaftlichen Arbeit so zu verzahnen, dass die bestmöglichen Ergebnisse für die Beschäftigten erzielt werden können. So sieht es auch der Gesetzgeber im Rahmen der im Grundgesetz verbrieften Koalitionsfreiheit vor.

Vorgenommene Investitionen in das Personal der Polizei (Vollzug-, Fach- und Verwaltungsbeamte und Tarif) zeigen, dass der Haushaltsgesetzgeber endlich erkannt hat, die signifikanten Personallücken bei der Polizei durch deutliche Mehreinstellungen im Vollzugsbereich zu mildern. Allerdings, dies wissen die politisch Verantwortlichen, dauert es von der Einstellung bis zur Graduierung drei Jahre.

Sind wir für die Zukunft gerüstet?

In einigen Bundesländern sind eigene Polizeihochschulen eingerichtet, in



Graduierung

Hessen existiert dazu nunmehr eine eigens installierte Projektgruppe mit Lenkungsausschuss, die darüber hinaus noch durch ein wissenschaftliches Institut begleitet wird. Erste Ergebnisse werden für Mai 2018 erwartet. Können wir in Hessen und darüber hinaus in allen anderen Bundesländern und im Bund die Forderungen nach mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten so qualitativ in den Hochschulen gewährleisten, wie es die Curricula auch fordern? Anlässlich einer Tagung mit Mitgliedern der Hauptpersonalräte der Polizei (aus den Ländern und dem Bund) hat der Direktor der Hochschule der Polizei und erklärtes GdP-Mitglied in Rheinland-Pfalz, Friedel Durban, diesen Denkprozess aufgeworfen.

„Nur eine gut ausgebildete Polizei kann ihre Funktion als Konfliktmanager erfüllen, um öffentliche Sicherheit und gesellschaftlichen Frieden zu schützen. Nur gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte kommunizieren auf Augenhöhe mit anderen gesellschaftlichen Akteuren und erfahren Wertschätzung. Eine vergleichende deutsch-französische Studie hat bestätigt, dass die gute langjährige Ausbildung der deutschen Polizeien zu mehr gesellschaftlicher Akzeptanz und zu weniger Konflikten führt. Wir brauchen belastbare fachliche, methodische, soziale und personale Schlüssel-

kompetenzen, um die vielfältigen und sich dynamisch verändernden Anforderungen im polizeilichen Kontroll- und Ermittlungsalltag meistern zu können. Revisionssicherheit und beweisgesicherte Verfahren müssen bei Gericht überzeugen. Mit der Verstärkung der Polizeien darf die Qualität der polizeilichen Bildungsarbeit weder abgesenkt noch geopfert werden. Die Qualität ihrer Bildungseinrichtungen und ihrer Bildungsarbeit sichern der Polizei auch zukünftig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.“ Entsprechenden Vorhaben, wie eine „Entakademisierung der Polizeien“ zugunsten von quantitativen und damit zeitverkürzten Ausbildungen sind entschieden zu begegnen.

Personal

Anlässlich der Eröffnung des (neuen) 14. Polizeireviere in Frankfurt am Main Ende Januar 2018 betonte Innenminister Peter Beuth unter anderem, dass die Kolleginnen und Kollegen derzeit in den Basisdienststellen in Erwartung der mehrerstellten Polizistinnen und Polizisten durch Mehrarbeit die personellen Lücken schließen müssen. Der Personalbedarf, der in den Basisdienststellen vor Ort herrscht, egal ob bei der Kriminal- oder Schutzpolizei, ist groß. In Gesprächen mit Kolleginnen



BLITZLICHT DER AKTUELLEN SITUATION IN DER POLIZEI

und Kollegen monieren die meisten, dass sie sich häufig nicht „von oben wertgeschätzt“ fühlen. Um nicht missverstanden zu werden: die Politik und damit die Landesregierung ist verantwortlich für die Personal- und Sachausstattung der hessischen Polizei. Nur: der Umgang mit knappen Personalressourcen, ständige zusätzliche Aktionen und Einsatzmaßnahmen belasten dauerhaft! Welche Führungskraft sagt auch mal „Nein“? Wir erwarten in diesem Jahr, dass von den zusätzlichen 140 Mehreinstellungen genau dieses stark belastende Problem gelindert wird. Kein Verständnis haben wir, wenn erneut viele Kolleginnen und Kollegen nicht dort ankommen, wo die personelle Not am größten ist. Innenminister Peter Beuth wird in einer Pressemeldung am 24. Januar 2018 wie folgt zitiert: „Ein nie dagewesenes Stellenplus von 11%, von dem alle Dienststellen des Landes profitieren werden und die Frauen und Männer der Polizei weiter gezielt entlastet werden. Bis zum Jahr 2022 werden 1500 Polizisten mehr ausgebildet als durch Ruhestandsversetzungen notwendig wären (genau: 1520: 140 + 300 + 570 + 270 + 240)“.

Mehr Spezialisten in unseren Reihen sind unzweifelhaft erforderlich! Aber was ist mit den Spezialisten in unserer Mitte, die seit Jahren durch ihre Arbeit dafür verantwortlich zeichnen, dass der „Laden“ läuft? Beispielsweise warten viele Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich seit Jahren, nachdem die Arbeitsbereiche immer mehr zunahmen, auf Höhergruppierungsmöglichkeiten. Hier muss der Haushaltsgesetzgeber dringend dafür Sorge tragen, dass notwendige Arbeitsplatzbeschreibungen angepasst und resultierend Höhergruppierungen in Folge ausgesprochen werden können. Um den Polizeiberuf in Hessen zukunftssicher zu machen, hat der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es braucht, um im Wettbewerb um die „besten Köpfe“ bestehen zu können. Mit einem A10er-Bauch von über 60% wird dies nicht möglich sein. Unsere Fach- und Verwaltungsbeamtinnen dürfen wir an dieser Stelle natürlich nicht vergessen, denn auch sie leisten eine unverzichtbare Arbeit für die innere Sicherheit und entlasten den Vollzug.

Die Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Arbeit unserer Polizei kann sich sehen lassen!

Die Polizei mit ihren Beschäftigten steht in Umfragen namhafter Mei-

nungsforschungsunternehmen glänzend da. So rangieren beispielsweise im Jahr 2016 bei einer durch Forsa in Auftrag gegebenen Umfrage die Polizisten auf Platz fünf, hinter Ärzten, Feuerwehrleuten, Kranken- und Altenpflegern sowie Erziehern in Kitas. Diesen Platz belegten die Polizisten bereits 2007, sodass von einem kontinuierlichen, vertrauensvollen Umgang der Polizei mit den Bürgerinnen und Bürgern in der Gesellschaft ausgegangen werden muss.

Gefahren geneigte Tätigkeiten: Angriffe auf Polizeibeschäftigte nehmen zu

Es besteht vor dem Hintergrund der allgemeinen Sicherheitslage der ausdrückliche und ausgeprägte Wunsch vieler unserer Mitmenschen, dass die Politik nachhaltige Voraussetzungen für eine gut ausgebildete, gut ausgestattete und gut bezahlte Polizei schafft! Das der Polizeiberuf ein gefahren geneigter ist, steht außer Frage. Immer dann, wenn Polizeibeamte durch den Einsatz von Schusswaffen gegen Rechtsbrecher medial im Fokus stehen, überschlagen sich auch die Nachrichten in den sozialen Netzwerken.



Gewalt (Messerattacken)

Darf die Polizei schießen? Schießt die Polizei zu schnell? Wir müssen uns auch in Erinnerung rufen, dass es in unserem Beruf Situationen unvorhersehbarer und unausweichlicher Gefahr geben kann, in denen die beste Ausstattung und die qualifizierteste Ausbildung nicht weiterhelfen. Es ist das Tragische an unserem Beruf, dem wir uns stellen müssen.

Auf Grundlage der jährlichen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wurden in Hessen im Jahr 2016 insgesamt 1894 Strafanzeigen registriert, bei denen insgesamt 3468 Polizeibeschäftigte Opfer von Angriffshandlungen wur-

den. Im Vergleich zum Jahr 2015 ein Anstieg um 12,9%. Der überwiegende Anteil der zugrunde liegenden Strafanzeigen umfasst den Deliktbereich „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“. Als weitere Deliktsfelder wurden insbesondere die „einfache Körperverletzung“, „gefährliche/schwere Körperverletzung“ sowie „Bedrohungen“ und „Nötigungen“ erfasst.

Immer neue Schutzbekleidung wie die persönliche Schutzweste sowie den ballistischen Hals-Schulter-Tiefschutz, der seit Ende 2011 in allen Streifenwagen vorhanden ist, die Einführung des Teleskopschlagstocks, die Einführung der Bodycam, die Beschaffung schnittfester Arbeitshandschuhe sowie die Beschaffung weiterer ballistischer Schutzausrüstung für ausgewählte Interventionskräfte, stellen in Summe ein erhebliches Maß mehr an Gewicht bei der Ausrüstung dar. Ständig notwendige und damit wiederkehrende Trainings- und Fortbildungseinheiten, welche das polizeiliche Handling, wie z. B. das Übungsschießen in Notsituationen, lassen die Zeit zwischen den Diensten, die ohnehin aufgrund der Personalvakanz nicht üppig ausfällt, immer kürzer werden. Das GdP-Forum im Januar dieses Jahres bringt sicherlich erste Impulse, die bei der Konzeption von NIT 2.0 hilfreich sein können. Wichtige Erkenntnis ist aber, dass eine ständige Überprüfung und Intensivierung der Aus- und Fortbildung hinsichtlich der Handlungssicherheit in komplexen Situationen stattfinden muss. Es kann und darf nicht sein, dass Fortbildungen und Trainings nicht durchgeführt werden – oder gar nur eingeschränkt stattfinden können – weil andere Maßnahmen priorisiert werden oder die entsprechenden Raumkapazitäten fehlen.

Bei der Entwicklung der Körperverletzungs- und Tötungsdelikte unter Verwendung des Tatmittels „Messer“ in Hessen der letzten Jahre zeigt sich, dass die Aufklärungsquoten durchweg überdurchschnittlich hoch sind (2012: 970 Fälle, Aufklärungsquote (AQ) von 91,2%, 2013: 865 Fälle, AQ: 91,6%, 2014: 926 Fälle, AQ: 92,1%, 2015: 1029 Fälle, AQ: 88,6% und 2016: 1116 Fälle, AQ: 91%). Für 1116 registrierte Fälle im Jahr 2016 wurden insgesamt 1234 Tatverdächtige ermittelt. Rund 43% dieser Tatverdächtigen aus dem Jahr 2016 haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Ins-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3



Szenarien (Schutzausstattung)

gesamt finden sich in der Liste der Tatverdächtigen rund 60 unterschiedliche Staatsangehörigkeiten. Die im Jahr 2016 am häufigsten registrierten Staatsangehörigkeiten bei den Tatverdächtigen mit dem Tatmittel Messer waren die deutsche (ca. 43%), türkische (ca. 10%), afghanische (ca. 7%), syrische (ca. 4%) und somalische (ca. 3%).

Wir müssen mehr über die Hintergründe solcher lebensbedrohlichen Angriffe wissen. Vielleicht finden wir Anhaltspunkte heraus, aus denen sich Anleitungen zum Handeln ergeben könnten, damit der Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen verstärkt werden kann, und sei es, dass sie ihren ohnehin vorhandenen Sensor für gefährliche oder gefährlich werdende Situationen schärfen können. Anleitungen, die sich übersetzen lassen in die Aus- und Fortbildung.

10 000 Stichtenschutzschals wurden für die Einsatzkräfte bestellt. Zudem will die hessische Polizei stichsichere Schutzwesten beschaffen. Die Beschaffung dieser Westen hat sich aus formellen Gründen etwas verzögert, das Ausschreibungsverfahren hierfür läuft aktuell. Angesichts zunehmender Messerangriffe in Deutschland fordert die Gewerkschaft der Polizei eine gesellschaftliche Grundsatzdebatte über wirksame Gegenmaßnahmen. Politik und Justiz benötigen aussagekräftige Lagebilder, um Straftaten mit einem solchen, jederzeit verfügbaren und höchst gefährlichen Tatmittel auf denkbare Strafverschärfungen zu prüfen.

Verwaltungsgerichte befassen sich mit GdP-Klagen zur Beamtenbesoldung

Bereits am 9. April 2014 hatte Andreas Grün anlässlich des 25. GdP-Landesdelegiertentages, in Anwesenheit von Innenminister Peter Beuth und allen Behördenleitungen der hessischen Polizei, eine Klage für den Fall angekündigt, dass die im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen vereinbarte Nullrunde und das Lohndiktat umgesetzt werden sollten. Da damals das verfassungsrechtlich umstrittene Besoldungsanpassungsgesetz entgegen aller Argumente und Proteste in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wurde, ist durch die GdP die Gießener Rechtsanwaltskanzlei Greilich, Hirschmann, Benedum & Kollegen beauftragt, das Gesetz einer verfassungsrechtlichen Prüfung zuzuleiten. Daraufhin wurde in Folge an allen hessischen Verwaltungsgerichten Klagen eingereicht. Noch im März 2018 wird sich das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main mit der Materie erstinstanzlich auseinandersetzen! Wahrscheinlich und absehbar wird das Land Hessen auch hier wieder den Marsch durch die Instanzen beschreiten, wie zuletzt beim Thema Altersdiskriminierende Besoldung. Nicht zuletzt durch die juristisch leider vielfach für Laien undurchsichtigen Verfahren, beispielsweise bei den Klagen zu Höhergruppierungsmöglichkeiten bei der Wachpolizei, beim Verzicht auf Einrede der Verjährung beim Besoldungsanpassungsgesetz und im Verfahren bei der Altersdiskriminierenden Besoldung, sind die Polizeibesetzten mithin stark verunsichert. Immer häufiger fragen Kolleginnen und Kollegen nach Rechtsschutz bei den Gewerkschaften, obwohl in vielen Fällen die Beschreitung des Rechtsweges ausgeschlossen ist. Nur keine Frist versäumen, besser einen Antrag mehr stellen als später keine Berücksichtigung zu finden. Es sollte wieder mehr Transparenz und Verlässlichkeit statt juristisches Klein-Klein betrieben werden.

Landtagswahlen im Oktober 2018 – politischer Stillstand oder neuer Aufbruch

Mitte Januar 2018 schlugen Ministerpräsident Bouffier und sein

Stellvertreter Tarek Al-Wazir den 28. Oktober 2018 als Wahltag vor. Das Hessische Kabinett hat am 23. Januar den 28. Oktober 2018 als Termin der Landtagswahl 2018 durch eine Verordnung offiziell bestimmt (für das Inkrafttreten der Verordnung muss diese noch im Staatsanzeiger veröffentlicht werden). Damit findet die Landtagswahl fast drei Monate vor dem Ende der laufenden Wahlperiode (am 17. Januar 2019) des 19. Hessischen Landtags statt.

Die Verabschiedung des Doppelhaushaltes Ende Januar im Hessischen Landtag gilt als sicher. In diesem wurden nochmal Änderungsanträge der Fraktionen vorgelegt. Erwähnenswert sind in dem Zusammenhang die nochmaligen Mehreinstellungen bei der hessischen Polizei in den Jahren 2018/2019 von nochmals zusätzlich 480 Polizeianwärterinnen und -anwärtern zu den bereits beschlossenen 1500 bis 2022.

Nicht nur aufgrund der zähen Verhandlungen bei einer Regierungsbildung in Berlin geben die Parteien, allen voran die hessische CDU, schon jetzt die Devise aus: Wir müssen kämpfen! In Umfragen des HR hat die amtierende Koalition keine Mehrheit mehr, der Einzug der AfD in den Landtag gilt als nahezu sicher. Das schreckt die arrierten Parteien auf, denn ein zähes Hin und Her (wie derzeit im Bund), möchte keiner. Glücklicherweise sind durch den vorgelegten Doppelhaushalt die darin enthaltenen Investitionen und Einstellungen sicher. Die Bundespolizei kann derzeit die dringend benötigten Einstellungen, über 1500 Stellen sind zu besetzen, nicht vornehmen, weil dies das Haushaltrecht in der momentanen politischen Konstellation nicht zulässt. Die Polizeibesetzten werden sehr genau hinsehen, wenn es um das Thema innere Sicherheit im Landtagswahlkampf 2018 geht. Die innere Sicherheit hat mehr Konjunktur denn je. Wir stehen nicht nur bei der hessischen Polizei vor enormen Herausforderungen. Der Personalbedarf an zusätzlichen Vollzugspolizisten wird bundesweit konsequent weiter steigen müssen, weil auch der ansteigenden Kriminalität und damit enormen Belastungen bei der Polizei endlich sach- und fachgerecht begegnet werden muss.

Jens Mohrherr



Geschichte = die ignorierte Erfahrungsquelle

Vergangenheit bietet wertvolle Erkenntnisse. **Gewesenes** überliefert uns, was richtig und nützlich oder falsch und schädlich war. Schon Cicero (106–43 v. Chr., der „Urvater des Humanismus“) erkannte, dass „**Geschichte Lehrmeisterin des Lebens**“ ist. Seit Jahrhunderten ist das oft folgenschwer missachtet worden. Fehler wurden wiederholt und haben der Menschheit gewaltig geschadet.

Aktuelle Fehlentwicklungen vermitteln den Eindruck, dass Politiker gar nicht wissen wollen, was vor ihrer Zeit schädlich oder nützlich war. Planer und Entscheider ignorieren auch heute noch leichtfertig bis überheblich, für ihren Verantwortungsbereich Nötiges und Nützlich. Denn menschliche Schwächen, wie Dummheit, Geltungs- und Herrschsucht, Neid, Missgunst und Gier, waren und sind bei manchen Zeitgenossen halt stärker ausgeprägt als Vernunft, Einsicht und Rücksicht.

Leider sind auch Intelligente nicht davor gefeit, mitunter unvernünftig zu handeln. Deshalb können selbstlos rational Denkende nicht verstehen, weshalb sich Menschen noch immer Böses zufügen, wo es leicht möglich wäre, Schadenstiftendes zu vermeiden. Katastrophale Folgen der beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts haben Ländern Europas die bisher längste Friedenszeit beschert, die Menschen hier erleben dürfen. Muss es denn immer erst Menschenleben und unübersehbare Schäden kosten, bevor Vernunft einkehrt?

Doch die Lebensbedingungen haben sich seit Kriegsende erheblich geändert. Entwicklungen im politischen, wirtschaftlichen, technischen und digitalen Bereich bieten i. d. R. zwar Vorteile aber auch Missbrauchsmöglichkeiten, die Schaden können und schon häufig vermeidbares Unheil angerichtet haben. Weil Menschen Gelegenheiten zur Vorteilserlangung nutzen, sollte es für alle Arten von Missbrauch Straftatbestände geben. Hier reagieren Gesetzgeber fast immer viel zu spät. Liegt es vielleicht daran, dass Politiker jeder werden kann, ohne spezielle Ausbildung, Prüfung und Haftungspflichten? Polizisten

müssen nach Auswahlverfahren Prüfungen bestehen, Dienstvorschriften und Gesetze achten und haben für Fehler mit disziplinar, straf- und haftungsrechtlichen Folgen zu rechnen. Schlimmer ist jedoch, dass sie angefeindet, beleidigt und angegriffen werden, wenn Bürger mit politischen Regeln unzufrie-



Helene Souza / pixello.de

den sind und ihren Zorn an Polizisten austoben.

Seit jeher wehren sich Menschen dagegen, verdummt, ausgenutzt, unterdrückt und missbraucht zu werden. Resignieren, Verweigern und Demonstrieren eskalierte oft zu Revolutionen und Kriegen. Auch Urheber haben ihre „Fehler“ mit dem Leben bezahlt. Schwer zu verstehen bleibt, weshalb bekannte katastrophale Folgen fehlerhafter Planung und Entscheidungen noch immer wiederholt werden. Bürgerproteste, Wählerverhalten, Beanstandungen der Rechnungshöfe und des Steuerzahlerbundes müssten eigentlich unsere Regelgeber dazu zwingen, es endlich besser zu machen.

Es wirkt geradezu wie ein Naturgesetz, dass Übertreibungen Gegenreaktionen provozieren. Das zu erkennen kommt schon bei Übergewichtigen, Nikotin-, Rauschgift- und Alkoholsüchtigen oft zu spät. Altersarmut, Versorgungs- und Sicherheitsängste sind nur ein geringer Teil bestehender Probleme. Ei-

nem Schmelbrand vergleichbar ist die in Medien häufig dargestellte wachsende Kluft zwischen Arm und Reich: 1% der Bevölkerung verfügt über 50% des Volksvermögens und 99% müssen mit dem Rest auskommen. Weil Reichtum i.d.R. durch Leistung Abhängiger gefördert wird, wächst mit dem Bewusstsein ungerechter Teilhabe Mehrheitswiderstand, der zu explodierender Gewalt eskalieren kann. Einen Vorgesmack lieferten die Gewalttaten beim G20-Gipfel in Hamburg.

Noch resignieren Betroffene als Wahlverweigerer oder reagieren als Protestwähler. Stimmverluste der Volksparteien, die extremen Populisten zufließen, sind deutliche Warnsignale. Hinzu kommt zunehmende Missachtung gesetzlicher und gesellschaftlicher Regeln und Gepflogenheiten. Sanktionslos bleibende Straftaten motivieren Nachahmer.

Zur aggressiven Respektlosigkeit entartetes Verhalten verummter „Demonstranten“ gegenüber uniformierten Hilfs- und Sicherheitskräften belegen, dass bisherige Vorbeugung und Sicherungsmaßnahmen nicht ausreichen, um Normalität zu gewährleisten. Dass zu wenig Personal zur Verfügung steht, belegen Millionen Überstunden, Ausfälle durch Überlastung, Verletzte und Erkrankte. Allein die Tatsache, dass Schutzkräfte Schutzkleidung tragen müssen, um möglichst verletzungsfrei Schutzbedürftige schützen zu können, belegt eine erschreckende Fehlentwicklung. Was uns seit der Bundestagswahl am 24. September 2017 von den gewählten Parteien geboten wird, haben Medien zutreffend als Hickhack (für nutzlose Streiterei) und als Trauerspiel bezeichnet.

Könnten Bürger aggressives Beschwerdeverhalten wegen fehlender oder belastender politischer Regeln an Urhebern austoben und nicht an uniformierten Sicherheitskräften, wäre fühlbare Betroffenheit für Regelgeber wohl die wirksamste Motivation, endlich Normalität bewirkende Maßnahmen zu treffen.

Gerhard Kastl

Als Helfer zu Gast bei der Jugendverkehrsschule

In meiner Eigenschaft als Personalratsmitglied habe ich in meinem Präsidium bei einigen Auswahlverfahren mitgewirkt, bei denen es um die Besetzung von Dienstposten im Bereich der Jugendverkehrsschule ging. Bereits beim Anforderungsprofil gibt es deutliche Unterschiede, wenn es darum geht, Grundschulern in kurzer Zeit didaktisch und praktisch die Teilnahme am Straßenverkehr zu vermitteln.

Im kalten Dezember 2017 durfte ich in der Klasse meiner Tochter als Elternteil bei zwei Übungen im „Echt-Betrieb“ mithelfen. Insgesamt werden pro Klasse drei Eltern als freiwillige Helfer benötigt, um einen sicheren Ablauf zu gewährleisten. Somit war für mich klar, dass ich als Polizist zu 100% einsetzbar war. Pünktlich um 8 Uhr begrüßten die verantwortlichen Kollegen POKin Blobel, in abwechselnder Besetzung mit den Wachpolizisten Sponsel und Kremer, jeweils die Schulklasse und Eltern. Nach einer kurzen Wiederholung der letzten Stunde wurden die Schulkinder auf die heutige praktische Übung vorbereitet. Vor Ort wurden dann die Verkehrssituationen angesprochen und intensiv erklärt. Anschließend wurden die Eltern an Knotenpunkten verteilt, die Schulkinder mit Warnwesten und Fahrrädern versorgt, es folgte ein Sicherheitscheck von Fahrradhelm und Kleidung und dann ging es auf die Straße bzw. in den realen Straßenverkehr. Zu erwähnen ist, dass die Schulkinder zuvor auf dem Schulhof üben konnten, die Spur zu halten, das richtige Abbiegen, das eigentliche Umschauen oder Gefahrensituationen einzuschätzen. Hierbei werden auf dem Schulhof Verkehrsflächen und Straßenkreuzungen mit Verkehrszeichen nachgebildet.

Es war sehr interessant zu sehen, wie Lehrer, Eltern und Schulkinder auf die Kollegin und Kollegen reagierten. Ich konnte sehr deutlich spüren, dass die Polizei, die Institution für solche Aufgaben ist. Die Kompetenz der Vertreter der JVS Rheingau-Taunus wird sehr geschätzt. Als Familienvater bin ich froh, dass die Teilnahme mit dem Fahrrad am Straßenverkehr von meinen eigenen Kol-

legen und Kollegen unterrichtet wird. Nachdem ich das selbst erleben durfte, wie die Jugendverkehrsschule ihre Arbeit macht, wurde ich meiner Ansicht nach bestätigt, dass die Polizei mit dieser dienstlichen Tätigkeit die Schulkinder prägt, sie im Bewegungsablauf mit dem Fahrrad unterstützt und sogar vor Gefahren im Straßenverkehr schützt. Wir Eltern haben selbst gemerkt, dass wir das so gut und zielorientiert gar nicht in dieser Form vermitteln könnten. Gleichzeitig ist diese Tätigkeit öffentlichkeitswirksam, da alle Bürgerinnen und Bürger diese Polizeiarbeit wahrnehmen.

Deutsche Verkehrswacht e.V.

Die Deutsche Verkehrswacht (DVW) schreibt auf ihrer Homepage: „Das ist phänomenal: Fast 95 Prozent aller Viertklässler nehmen jedes Jahr an der Radfahrausbildung in der Grundschule teil und erhalten stolz ihr Teilnahme-Zertifikat – einen Fahrradpass, einen Wimpel oder eine andere

möglich. Das ist auch unsere Einstellung als Polizei. Denn nicht umsonst gibt es den gemeinsamen Erlass zwischen dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) zur Erfassung und Analyse von Straßenverkehrsunfällen (StAnz. 8/2009 S. 456). Ziel ist es, die Verkehrssicherheit zu verbessern und die Gefahren zu erkennen und zu beseitigen. Ministeriumsübergreifend wurde hier eine Zusammenarbeit festgelegt. Polizei, Straßenbau- und Straßenverkehrsbehörde müssen hier für die Sicherheit im Straßenverkehr zusammenarbeiten.

Die Deutsche Verkehrswacht ist gemeinnützig und der überwiegende Teil der rund 60 000 Helfer sind ehrenamtlich Aktive. Sie fördert die Mobilität auf deutschen Straßen sicherer zu machen und die Zahl der Unfallopfer zu verringern. Die Polizei wäre ohne das Ehrenamt aufgeschmissen und könnte diesen Auftrag so alleine nicht erfüllen.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluss auf die verunglückten Kinder zwischen 10-15 Jahren in 2015. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

	Gesamt	Leichtverletzte	Schwerverletzte	Getötete
Insgesamt	14 862	12 696	2133	33
Davon im Pkw	3945	3489	443	13
Zu Fuß	3040	2296	737	7
Mit dem Fahrrad	6817	5979	827	11

Anerkennung. Die Prüfungen, aber auch das intensive Üben vorab, werden häufig in einer Jugendverkehrsschule durchgeführt, von denen es über das gesamte Bundesgebiet verteilt rund 800 Stück gibt. Ermöglicht wird diese Erfolgsgeschichte durch die enge Zusammenarbeit von Polizeibeamten, den Verkehrswachten vor Ort, Schulen und Kommunen.“

Die Deutsche Verkehrswacht (DVW) wurde 1924 gegründet und gehört zu den ältesten und größten Bürgerinitiativen Deutschlands. Sie engagiert sich für mehr Sicherheit im Straßenverkehr und konkretisiert ihr Ziel sogar mit der Aussage, so wenig Unfälle auf unseren Straßen, wie

Im Rheingau-Taunus-Kreis erhalten jährlich im Durchschnitt 1800 bis 2000 Schulkinder die Jugendverkehrserziehung und in Frankfurt waren es im Jahre 2016 insgesamt 6163 Schulkinder.

Verbundstrategie Verkehrssicherheit

Fast die Hälfte aller Unfälle passierte mit dem Fahrrad. Im Verhältnis zum Pkw oder zu Fuß deutlich mehr. Die bestehende Verbundstrategie hat Einfluss auf die Verkehrssicherheit. Der integrative Ansatz von Engineering (Fahrzeugtechnik, Straßenbau),



VERKEHRSERZIEHUNG



Education (Verkehrserziehung, Verkehrsaufklärung) und Enforcement ist von enormer Bedeutung. Die Faktoren Mensch, Straße und Fahrzeug werden hier in Betracht gezogen. Enforcement ist sehr eng mit Education und Engineering verzahnt. Dieser Ansatz wird mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Die Jugendverkehrserziehung fällt somit unter dem Ansatz Education und ist fester Bestandteil.

Jugendverkehrserziehung durch Polizei bald Vergangenheit?

Gleichwohl gibt es immer wieder Überlegungen, das Angebot durch die Polizei im Bereich der Jugendverkehrserziehung einzustellen. Das frei werdende Personal könnte anderweitig eingesetzt werden. Es wäre fatal, wenn aus Personalmangel die



Polizeiarbeit in der Jugendverkehrserziehung aufgegeben wird, was so mit Sicherheit nicht gesagt werden würde.

Durch eine Abgeordnete im Hessischen Landtag wurde eine Kleine Anfrage (Drucksache 19/3875) an die Landesregierung betreffend der Verkehrserziehung und Fahrradführerschein gestellt. Darin wurde u. a. auf Ausfallquote und fehlendes Personal eingegangen. Darin heißt es auch, [... Die hessische Polizei wird die vielfältigen bestehenden präventiven und repressiven Maßnahmen fortsetzen ... Neben diesen Maßnahmen mit Schulbezug werden zur Erhöhung der Verkehrssicherheit allgemein weitreichende Maßnahmen durch die Polizei durchgeführt, mit denen sie den öffentlichen Straßenverkehr beobachtet, die Einhaltung der bestehenden Vorschriften kontrolliert und Verstöße sanktioniert ...].

Die Unfallursache kann auch beim Rad fahrenden Schulkind liegen. Insofern ist es eine Frage der Betrachtung und es stellt sich für mich die Frage, wie die Statistik ausfallen würde, wenn die Polizei keine Verkehrserziehung in der Grundschule mehr anbieten würde. Wir müssen froh sein, dass im Verhältnis so wenige Kinder als Unfallopfer hervorgehen. Ein bewährtes Konzept stillzulegen wäre falsch und unverantwortlich. Der Staat darf sich seiner Verantwortung hier nicht entziehen. Die Verkehrserziehung muss weiterhin durch die Polizei unterstützt werden. Auf der Internetseite der Polizei Hessen wird damit geworben. Unabhängig einer politischen Entscheidung, die größte Risikogruppe im Straßenverkehr sind und bleiben

Kinder und lebensältere Menschen.

Alles andere als einfach

Der Dienst als Verkehrserzieher mag einfach und leicht aussehen, ist er aber nicht. Wer das selbst nicht erlebt hat, wird nicht argumentieren können. Bei der Radfahrprüfung zum Abschluss wurden zwei Klassen geprüft und waren mit einer kleinen Pause gegen 14 Uhr fertig. Eine größere Unfallaufnahme dauert auch schon mal mehrere Stunden. Die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme für eine gesamte Schulklasse im Alter von 9 bis 10 Jahren muss man wollen und aushalten. Am Ende des Tages müssen die Kinder unverseht zurück nach Hause. So hat jeder Bereich innerhalb der Polizei andere und individuelle Anforderungen und eine Pro- und Kontra-Seite.

Polizei – Dein Freund und Helfer

Für meine Tochter und für fast alle Kinder war das von der ersten Stunde an sehr aufregend und anstrengend. Es war schön zu beobachten, wie die Schulkinder immer selbstsicherer und fahrtechnisch besser wurden. Ganz besonders stolz waren die Schulkinder auf ihre Ergebnisse am Ende der Prüfung. Die Schulkinder sind mit ihren Aufgaben sprichwörtlich gewachsen! Und die Polizei hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet.

Antonio Pedron



JUBILARE

**25-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Sylvia Bahnsen
Angela Mönicke
Carsten Schirmer
Michael Bammel
Karsten Gottschalk
Karsten Obermann
Nicole Scholl
Ralph Klenz
Olaf Peine
Renate Selchow
Michael Wandel
Kreisgruppe Kassel
Waltraud Dieges
Sven Eigenbrodt
Johann Mildner
Iris Schulze
Jonas Weyand
Manfred Willnat
Oliver Wittmann
Kreisgruppe HPA

**40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Hans-Lothar Krispin
Dieter Trümpert
Kreisgruppe Kassel

Wilfried Müller
Rudolf Track
Wilfried Bangert
Jörg Ehlig
Siegbert Stahl
Kreisgruppe HPA

**50-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Werner Butt
Horst Giersieper
Heinz-Bernd Lemke
Friedrich Rudolph
Edelgard Kieß
Kreisgruppe Kassel

Uwe Klein
Siegfried Möller
Kreisgruppe HPA
Waldemar Martel
Kreisgruppe PAST Baunatal

**60-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Kurt Hartmann
Manfred Neuber
Frank Rütten
Wolfgang Seydel
Kreisgruppe HPA
Gerhard Gundlach
Kreisgruppe Kassel

STERBEFÄLLE

Es starben

Werner Schüssl, Gerold Niederbacher, Heinrich Menger,
Heidi Fuß,
Kreisgruppe Bad Homburg
Margarethe Heidorn, Günter Bradtke,
Bezirksgruppe Frankfurt
Norbert Hammer, Isabelle Rinner
Kreisgruppe Groß-Gerau
Frithjof Tkacz,
Kreisgruppe Kassel
Gerhard Trost,
Kreisgruppe Fulda
Erwin Schulte,
Kreisgruppe HBP Mudra
Hans Andermann,
Kreisgruppe Wetterau

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

DIGITALE WELT

**Eure GdP im Internet
und den sozialen Medien**

Homepages

GdP Hessen: www.gdp.de/hessen
GdP-Bundesvorstand: www.gdp.de
Übersicht der GdP-Veranstaltungen
bundesweit: www.polizeifeste.de

Twitter:

GdP Hessen: [gdp_hessen](https://twitter.com/gdp_hessen)
GdP-Pressestelle Bundesvorstand:
[@GdPPresse](https://twitter.com/GdPPresse)
GdP Frankfurt: [@GdPFrankfurt](https://twitter.com/GdPFrankfurt)

Facebook:

GdP Hessen: [@GdPHessen](https://www.facebook.com/GdPHessen)
Junge Gruppe Hessen:
[@gdpjghessen](https://www.facebook.com/gdpjghessen)
GdP-Bundesvorstand: [@gdp.de](https://www.facebook.com/gdp.de)

Instagram:

GdP Hessen: [@gdp.hessen](https://www.instagram.com/gdp.hessen)

Youtube:

GdP Hessen: [GDPHESSEN](https://www.youtube.com/GDPHESSEN)
GdP Bund: [Gewerkschaft der Polizei](https://www.youtube.com/Gewerkschaft%20der%20Polizei)
Bundesvorstand



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentt (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

